

Antrag

der Abgeordneten Kay Gottschalk, Klaus Stöber, Jörn König, Gerrit Huy, Carolin Bachmann, Marc Bernhard, Dr. Malte Kaufmann, Edgar Naujok, Uwe Schulz, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Die erheblichen Steuermehreinnahmen Deutschlands richtig einsetzen – Die Bürger nicht für ausländische Staaten mit einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe belasten

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die gesamten Steuereinnahmen in Deutschland werden nach der aktuellen Steuerschätzung im Zeitraum 2020 bis 2027 um mehr als die Hälfte von 739,7 Milliarden auf 1,115 Billionen Euro im Jahr zunehmen. Die Steuereinnahmen des Bundes werden in diesem Zeitraum sogar überproportional um rd. 65 Prozent auf 438,2 Milliarden Euro zunehmen. Dies ist auch durch die hohe Inflation bedingt.
 2. Der Deutsche Bundestag ist davon überzeugt, dass Deutschland nur mithilfe einer nachhaltigen Finanzpolitik dauerhaft aus der Krise kommen und auch in künftigen Krisen handlungs- und leistungsfähig sein wird. Es bedarf einer schnellstmöglichen Konsolidierung des Bundeshaushalts. Dafür sind auf der Ausgaben- und Einnahmenseite Priorisierungen und gezielte Unterstützungsmaßnahmen für die einheimische Bevölkerung, u. a. Arbeitnehmer mit geringem Einkommen, notwendig. Zudem sind wirksame Steuersenkungen, speziell für Unternehmen und die Mittelschicht, vorzusehen.
 3. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass Steuererhöhungen in dieser Situation kontraproduktiv sind und die Wiedereinführung einer Vermögensteuer bzw. die Einführung einer Vermögensabgabe die drohende Rezession verfestigen kann. Der Deutsche Bundestag ist entgegen den Äußerungen führender Mitglieder der Koalitionsparteien¹ weiterhin der Ansicht, dass eine mögliche Gewährung von Mitteln für den Wiederaufbau der Ukraine und die Folgen des russischen Angriffskrieges keine Rechtfertigung für eine Vermögensabgabe oder gar Vermögensteuer zu Lasten der Bürger in Deutschland ist.
 4. Der Bundestag ist der Auffassung, dass der Wiederaufbau der Ukraine über einen Aufbaufonds der internationalen Gemeinschaft und nicht als ein EU-Projekt er-

¹ www.welt.de/politik/deutschland/article241793063/Saskia-Esken-fordert-Vermögenssteuer-zum-Aufbau-der-Ukraine.html; www.merkur.de/politik/vermoegensabgabe-krise-ukraine-krieg-gruene-fdp-ampel-bundestag-goering-eckardt-parteitag-91846840.html

folgen sollte. Vorrangig muss ein Friedensschluss unter Einbeziehung aller Konfliktparteien sein. Die Erreichung eines solchen Friedensschlusses muss für die deutsche Diplomatie oberste Priorität haben. Eine etwaige Geldvergabe kann jedoch nur unter restriktiven Bedingungen erfolgen, denn die Ukraine ist seit Langem ein hochgradig von Korruption zerrüttetes Land und es ist nicht anzunehmen, dass diese Korruptionsprobleme im Laufe des Krieges gelöst wurden. Bereits vor dem Krieg stand die Ukraine im Korruptionsindex von Transparency International auf Platz 122 von 180 und belegte damit den vorletzten Platz in Europa. Die sogenannten Pandora Papers enthalten auch Daten zu Offshore-Geschäften des Netzwerkes um den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sowie dessen Verbindungen zu einem Oligarchen, verbunden mit einer Zahlung von 41 Millionen US-Dollar.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die erheblich steigenden Steuereinnahmen in den kommenden Jahren zu nutzen, um Deutschland erfolgreich in die Zukunft zu führen und hierbei
 - a) Ausgaben zugunsten deutscher Bevölkerung zu priorisieren und Krisenfolgen insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen abzufedern;
 - b) Vorschläge zu unterbreiten für wirksame Steuersenkungen, speziell für die Mittelschicht und den Unternehmensbereich, zumindest für die Dauer einer Erholungsphase;
 - c) sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Maßnahmen bzw. Vorbereitungshandlungen zu unterlassen, die in der aktuellen kritischen Situation Steuererhöhungen, insbesondere die Einführung einer Vermögenssteuer bzw. Vermögensabgabe, zum Ziel haben;
 2. sich mit oberster Priorität für eine diplomatische Initiative zur Erreichung eines Friedensschlusses in der Ukraine einzusetzen;
 3. mögliche Zahlungen im Rahmen einer Wiederaufbauhilfe für die Ukraine davon abhängig zu machen, dass die dort grassierende Korruption wirksam bekämpft wird und der Erfolg dieser Maßnahmen begleitend evaluiert wird;
 4. den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und sein Umfeld aufzufordern, die ungeklärten Geldverschiebungen in Höhe von 41 Millionen US-Dollar im Zusammenhang mit den Pandora Papers transparent offenzulegen und durch unabhängige internationale Einrichtungen untersuchen zu lassen.

Berlin, den 2. November 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die aktuellen Belastungen im Zusammenhang mit der erheblichen Inflation, der Energiekrise und der zu erwartenden Rezession stellen eine enorme Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland dar. Hierauf müssen Antworten gefunden werden. Dies gilt auch für die Finanzpolitik. Sie muss zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Stärkung der Gesellschaft beitragen. Die Finanzpolitik muss konsequent an diesen Zielen gemessen werden.

Entwicklung der Steuereinnahmen

Der Arbeitskreis Steuerschätzung geht davon aus, dass Bund, Länder und Kommunen bis 2026 rund 126,4 Milliarden Euro mehr einnehmen als noch im Mai erwartet. Die Steuerexperten erwarten für 2023 Mehreinnahmen in Höhe von 8,9 Milliarden Euro. Das würde Rekordeinnahmen von 937,3 Milliarden Euro bedeuten. Grund für die steigenden Steuereinnahmen ist unter anderem die hohe Inflationsrate. Denn wenn Waren teurer werden, steigen auch die Einnahmen aus den Steuern, die darauf zu entrichten sind. Vor allem die Mehrwertsteuer spült mehr Geld in die Kassen. Wegen der Energiekrise hatte die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose zuletzt gesenkt. In ihrer Herbstprojektion erwartet sie für dieses Jahr nur noch ein kleines Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent, im kommenden Jahr schrumpft die Wirtschaft demnach um 0,4 Prozent.² Trotz schlechter Wirtschaftslage kann Finanzminister Lindner in den kommenden Jahren mit deutlich mehr Geld planen.

Die Gesamtsteuereinnahmen in Deutschland betragen 739,7 Milliarden Euro im Jahr 2020. Die neueste Steuerschätzung vom Oktober 2022 geht von Gesamtsteuereinnahmen im Jahr 2027 von 1.114,8 Milliarden Euro aus. Dies entspricht einer Zunahme im Zeitraum 2020 bis 2027 von rund 51 Prozent.³ Die Steuereinnahmen des Bundes betragen 283,1 Milliarden Euro im Jahr 2020. Die vorgenannte Steuerschätzung vom Oktober 2022 geht von Steuereinnahmen im Jahr 2027 von 438,2 Milliarden aus. Dies entspricht einer Zunahme von rund 65 Prozent.⁴

Deutschland hat somit nach Ansicht der AfD-Bundestagsfraktion kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Die erheblich steigenden Steuereinnahmen würden bei einer hinreichenden Priorisierung ausreichen, die Ausgaben zu decken und den kommenden Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

Unternehmensteuerreform einleiten

In Deutschland wurde zuletzt 2008 eine grundlegende Unternehmensteuerreform umgesetzt. Die Steuersenkungen für Unternehmen in anderen Ländern, wie zum Beispiel den USA und Frankreich, haben eine neue internationale Wettbewerbssituation geschaffen. Die Steuersätze liegen dort unter 25 Prozent, teilweise unter 20 Prozent. Deutschland wird ab 2022 – ohne erneute Reform – den Spitzenplatz unter den G7-Staaten in Bezug auf die tarifliche Belastung auf Unternehmensgewinne einnehmen, nachdem es 2018 auf dem zweiten Platz stand und sich im Jahr 2008 sogar noch an der sechsten Stelle befunden hat. Eine Reform ist in der aktuellen Situation, aber auch im Zusammenhang mit dem internationalen Wettbewerb und aus Gründen langfristigen wirtschaftlichen Denkens dringend erforderlich.

Die Mittelschicht entlasten

Die AfD-Fraktion sieht sich dem Leitbild einer Bürgergesellschaft verpflichtet, in der jeder Bürger Eigentum und Vermögen bilden kann. Hierzu ist es insbesondere notwendig, Familien zu entlasten und die Mittelschicht von überhöhten Belastungen zu befreien. Dies ist das Gegenteil des – von der politischen Linken propagierten – übermäßig belastenden Vorsorgestaats mit dem Leitbild eines abhängigen Untertanen.

Der staatliche Zugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger muss reduziert werden. Im Vergleich von Abgabenquoten⁵ in der OECD lag Deutschland im Jahr 2020 mit 38,34 Prozent deutlich über dem Durchschnitt von 33,51 Prozent. Besonders hoch ist die Belastung von Arbeitnehmerinkommen in Deutschland. So lag beispielsweise für alleinstehende Durchschnittsverdiener der Anteil von Steuern und Sozialversicherungsabgaben an den Arbeitskosten 2021 in Deutschland bei 48,1 Prozent, was der nach Belgien der zweithöchste Wert innerhalb der OECD ist. Im Durchschnitt der OECD-Länder belief sich diese Belastung des Faktors Arbeit bei dieser

² [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/2022-bis-2026-steuereinnahmen-steigen-varaussichtlich-um-12&-4-milliarden-euro-1841m8.html?service=.](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/2022-bis-2026-steuereinnahmen-steigen-varaussichtlich-um-12&-4-milliarden-euro-1841m8.html?service=)

³ Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom Oktober 2022.

⁴ Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom Oktober 2022.

⁵ Die Abgabenquote bezeichnet das Verhältnis der Steuern und Sozialabgaben zum Bruttoinlandsprodukt.

Personengruppe 2021 auf 34,6 Prozent der Arbeitskosten.⁶ Bei der Steuerquote lag Deutschland im Jahr 2020 bei 23,1 Prozent.⁷ Im Jahr 1990 betrug die Steuerquote noch 21,8 Prozent.⁸

Keine Steuerfindung betreiben und die ausgesetzte Vermögensteuer abschaffen

Aktuell fordern trotz der stark steigenden Steuereinnahmen diverse Vertreter der Koalitionsparteien in Berlin die Wiedereinführung der Vermögensteuer bzw. die Einführung einer Vermögensabgabe, auch zu Gunsten ausländischer Staaten. Die AfD-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, dass grundsätzlich keine neuen Steuern eingeführt werden sollen. Die Vermögensteuer wurde im Jahr 1997 aus verfassungsrechtlichen Gründen ausgesetzt; ihre Abschaffung ist daher nur folgerichtig. Sie ist eine Substanzsteuer, die das Vermögen besteuert, das typischerweise wiederum aus versteuertem Einkommen stammt. Das Bundesverfassungsgericht setzt dem vermögenssteuerlichen Zugriff deutliche Grenzen, nach oben durch den Vermögensbestandsschutz und das Übermaßverbot, nach unten hin für existenzsichernde Gebrauchsvermögen.

Die von den Linken und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderte Vermögensabgabe ist in der Finanzverfassung vorgesehen⁹; sie ist eine einmalige Substanzsteuer auf Vermögen natürlicher oder juristischer Personen. Die Vermögensabgabe setzt einen besonderen, außerordentlichen Finanzbedarf des Staates voraus. Wann diese Voraussetzung gegeben ist, ist umstritten. Zu den Forderungen im Einzelnen:

Vermögensteuer

Seit 1997 wird die Vermögensteuer nicht mehr erhoben. Grund ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Vermögensarten verwarf.

Auf dem SPD-Parteitag 2019 gab es angesichts der Corona-Krise ein Votum für eine Wiederbelebung der Vermögensteuer.¹⁰ SPD und Grüne wollen die Vermögensteuer, die FDP will sie nicht. Nun hat SPD-Chefin Saskia Esken neue Gründe vorgelegt, warum die Abgabe für Superreiche dringend benötigt wird.¹¹ Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken fordert eine Vermögensteuer in Deutschland für den Wiederaufbau der Ukraine.¹² Auch der Fraktionschef der Linken, Dietmar Bartsch äußerte sich entsprechend.¹³

Fachleute zweifeln den Vorteil einer solchen Abgabe an, etwa weil sie eine Kapitalflucht und einen Rückgang der Investitionen zur Folge haben könnte. Wissenschaftler des Kieler Instituts für Weltwirtschaft kritisierten vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und Lockdowns, eine Vermögensteuer schwäche das Eigenkapital von Unternehmen und Selbständigen und mindere die Chancen für einen robusten Aufschwung nach der Krise. Ihrem Aufkommen stünden Mindereinnahmen durch andere Steuerarten gegenüber, „die zu einem negativen Gesamteinkommen führen dürften“.¹⁴

Vermögensabgabe

Erst kürzlich ist bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Forderung nach einer Vermögensabgabe laut geworden. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt hatte von den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages die Möglichkeit der Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe prüfen lassen¹⁵ und einen Antrag bei der kürzlich stattgefundenen Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebracht.¹⁶ Im Beschluss vom 14.10.2022 findet sich die Forderung nur noch abgeschwächt in verklausulierter Form wieder: „Es gibt verschiedene geeignete Instrumente, um Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen“. Eine Vermögensabgabe hatte im Sommer auch die parlamentarische Linke innerhalb der SPD-Fraktion gefordert. In einem Beschlusspapier forderte die Gruppe schon im August eine einmalige Abgabe zur Krisenbewältigung.¹⁷

⁶ www.oecd.org/ctp/tax-policy/taxing-wages-brochure.pdf.

⁷ Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt.

⁸ Ebenfalls nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD; Quelle: BMF Monatsbericht Juli 2022.

⁹ Artikel 106 Absatz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes.

¹⁰ www.faz.net/aktuell/wirtschaft/flapd-chelln-esken-fordert-vermoegensteuer-1841451-0.html?service=printPreview.

¹¹ www.spiegel.de/politik/deutschland/saskia-esken-draengt-auf-vermoegenssteuer-a-54c8fa22-75ee-4480-a5b4-40e119779843.

¹² www.zeit.de/politik/deutschland/2022-1/0/kriegskosten-vermoegenssteuer-saskia-esken-dietmar-bartsch?utm_referrer=https%3A%2F%2F

¹³ www.zeit.de/thema/dietmar-bartsch.

¹⁴ www.faz.net/aktuell/wirtschaft/flapd-chelln-esken-fordert-vermoegensteuer-1841451-0.html?service=printPreview.

¹⁵ WD 4 - 3000 - 090/22 vom 29.09.2022.

¹⁶ Antrag I-11-030 Dringlichkeitsantrag; In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken.

¹⁷ taz.de/Antrag-fuer-Gruenen-Parteitag/!5884966/.

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium kam in seinem Gutachten vom März 2021 zur Frage der Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe wegen der Corona-Krise zu folgendem Ergebnis: „Es bestehen zugleich erhebliche Zweifel, ob sich zur Finanzierung der Lasten der Corona-Pandemie eine Vermögensabgabe verfassungsrechtlich rechtfertigen lässt. Art. 106 Abs. 1 Nr. 5 GG enthält eine Kompetenz für die Erhebung einmaliger Vermögensabgaben durch den Bund. Diese stehen aber unter besonderen Voraussetzungen. Zwar ist Art. 106 Abs. 1 Nr. 5 GG nicht auf den Ausgleich von Kriegsfolgelasten beschränkt..., schon zur Abgrenzung gegenüber der den Ländern zustehenden (laufenden) Vermögensteuer bedarf es jedoch für die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe durch den Bund außerordentlicher Umstände.“ Und weiter: „Aus finanzwissenschaftlicher Sicht ist festzustellen, dass eine einmalige Vermögensabgabe erhebliche wirtschaftliche Schäden verursacht, weil sie das Vertrauen von Sparern und Investoren erschüttert. Zudem ist sie mit großen Erhebungsproblemen verbunden, die sich in hohen Erhebungs- und Befolgungskosten niederschlagen. Ohnehin sollte die Politik, statt in der Krise temporär die Steuern zu erhöhen, eine zeitliche Glättung der Belastung, ein sogenanntes „Tax Smoothing“ anstreben.“

Ukraine-Hilfe

Deutschland hat der Ukraine Hilfe beim Wiederaufbau nach dem Ende des Krieges versprochen – in welcher Form und mit welchem finanziellen Aufwand, ist noch nicht klar. Bereits jetzt hofft das Land aber auf weitere finanzielle Unterstützung aus Deutschland für den Staatshaushalt¹⁸ und erhält diese auch im Wege von ungebundenen Finanzkrediten, die vom Bund besichert sind. „Wir brauchen jeden Monat 4 bis 5 Milliarden Dollar für unseren Haushalt. Wir glauben, dass Deutschland etwa 500 Millionen Dollar pro Monat übernehmen könnte, vor allem mit Blick auf das Jahr 2023. Von der EU insgesamt erhoffen wir uns rund zwei Milliarden Dollar pro Monat“, sagte der Wirtschaftsberater von Präsident Wolodymyr Selenskij,¹⁹ Alexander Rodnyansky, den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Wiederaufbau der Ukraine

Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal bezifferte die Gesamtkosten für den Wiederaufbau seines Landes auf rund 750 Milliarden Dollar. Darin sind allerdings auch die Kosten für Aufbau und Modernisierung von Gebieten enthalten, die nicht durch den Krieg zerstört worden sind. Weltbank und US-Regierung gehen von einem Gesamtbedarf von insgesamt 350 Milliarden Dollar aus. Bundeskanzler Scholz nannte den Wiederaufbau der Ukraine eine „Generationenaufgabe“, die viele Jahre dauern könne. Der Kanzler und EU-Kommissionschefin von der Leyen schlugen in der „FAZ“ einen Marshallplan für die Ukraine vor.²⁰

Unwägbarkeiten beim Wiederaufbau

Beim Wiederaufbau der Ukraine muss die Korruption energisch bekämpft werden. Es ist längst üblich, Geberkonferenzen für Kriegs- oder Krisenregionen zu veranstalten. Da werden dann meist Milliarden-Zusagen gemacht – und oft genug nicht gehalten. Das internationale Ukraine-Treffen in Berlin war keine Geberkonferenz im klassischen Sinne. Es ging eher darum, Expertise zu bündeln und Strukturen aufzubauen, die den Wiederaufbau der Ukraine betreiben können.²¹

Die allgegenwärtige Korruption in der Ukraine muss endlich energisch bekämpft werden. Es darf nämlich nicht sein, dass mit Hilfgeldern die vielen Oligarchen gemästet werden.²²

Korruption in der Ukraine

Die Ukraine wird immer noch von Korruption zerfressen.²³ Bereits vor dem Krieg stand die Ukraine im Korruptionsindex von Transparency International auf Platz 122 von 180. Die Ukraine belegt damit den zweitletzten Platz in Europa. Andrii Borowyk, Geschäftsführer von Transparency International Ukraine, glaubt der Versicherung der Regierung nicht, dass die Korruption komplett verschwunden sei, vor allem die Korruption im großen Maßstab finde immer noch statt.²⁴ Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskij, seit Mai 2019 Präsident der

¹⁸ www.zeit.de/politik/deutschland/2022-1/0/kriegskosten-vermoegenssteuer-saskia-esken-dietmar-bartsch?utm_referrer=https%3A%2F%2F

¹⁹ www.merkur.de/politik/gruene-spd-ukraine-krieg-vermoegensteuer-fdp-ampel-koalition-esken-kritik-wiederaufbau-91877982.html
www.zeit.de/themafwolodymyr-selenskyj

²⁰ Berliner Morgenpost vom 25.10.2022, Seite 3, „Das 750-Milliarden-Dollar-Projekt“.

²¹ Die Rheinpfalz vom 26.10.2022, Seite 2, „Kein Cent für Oligarchen!“.

²² Die Rheinpfalz vom 26.10.2022, Seite 2, „Kein Cent für Oligarchen!“.

²³ www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-eu-kandidatur-korruption-1.5605244?reduced=true.

²⁴ www.transparency.de/aktuelles/detail/article/die-ukraine-wird-immer-noch-von-korruption-zerfressen.

Ukraine, ist Kern des Problems.

Als Wolodimir Selenskij noch nicht Präsident der Ukraine war, sondern Kabarettist und Schauspieler, wurde er vor allem dadurch bekannt, dass er sich an den Oligarchen des Landes abarbeitete.²⁵ Schwer wiegen Vorwürfe gegen Selenskij. Er soll, gut getarnt, Geld vom Oligarchen Ihor Kolomoskji entgegengenommen haben. Dabei hatte er gerade angekündigt, den Kampf gegen Oligarchen zu verschärfen.²⁶ Kolomoskij soll 5 Milliarden Dollar aus einer ukrainischen Bank abgezweigt haben. Die Pandora Papers legen nun nahe, dass ausgerechnet Staatschef Wolodimir Selenskij davon profitiert haben könnte.²⁷ Selenskij wurde als Präsidentschaftskandidat massiv von Ihor Kolomoiskij, Besitzer des populärsten Fernsehsenders 1+1 der Ukraine, gefördert. Der Regierung zufolge soll Kolomoiskij die früher ihm gehörende PrivatBank, die größte Bank der Ukraine, über korrupte Kreditvergabe und „Asset Stripping“ um 5 Milliarden Dollar geschädigt haben. Die Bank wurde schließlich verstaatlicht und mit Milliarden Steuergeldern vor dem Zusammenbruch gerettet. Kolomoiskij bestreitet die Vorwürfe und stellt sich als Opfer einer politischen Intrige dar. Ukrainischen und US-Medien zufolge lebt Kolomoiskij wegen mehrerer Ermittlungen der Justiz in der Ukraine, der Schweiz und den USA heute mit israelischem Pass in Israel, das seine Bürger nicht ausliefert.²⁸

Am 2. Oktober 2021 informierte das Internationale Netzwerk investigativer Journalisten (ICIJ) die Weltöffentlichkeit über die Existenz der so genannten Pandora Papers, eines Daten-Leaks von 12 Millionen Dokumenten aus 14 Quellen. Diese enthalten auch Daten zu bisher unbekanntem Offshore-Geschäften des „Kwartal-95“-Netzwerkes um den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij und dessen Verbindungen zu dem Oligarchen Ihor Kolomoiskij und der von ihm bis 2016 betriebenen und dann verstaatlichten „PrivatBank“. So sollen vor der Verstaatlichung auch 41 Millionen Dollar von der „PrivatBank“ auf das Konto von Selenskij's Produktionsfirma „Kwartal 95“ überwiesen worden sein. Die Überweisung erfolgte über die zypriotische Filiale der „PrivatBank“. Diese Überweisung wurde als „contribution to capital“ gekennzeichnet und nicht als Entgelt für eine Leistungserbringung. Somit war das Unternehmen von Steuerzahlungen über diese Summe befreit.²⁹

Es besteht nach Ansicht der AfD-Fraktion die konkrete Gefahr, dass die geforderte Aufbauhilfe zu einem großen Teil in schwarzen Kassen verschwinden wird, sollten nicht Strukturen geschaffen werden, die Korruption ausschließen. Es muss verhindert werden, dass Gelder für den Wiederaufbau versickern. Geld darf nicht einfach in einem großen Topf gesammelt und darauf vertraut werden, dass dies in die richtigen Kanäle fließt. Stattdessen müssen konkrete Projekte vereinbart und transparente Bedingungen geschaffen werden. Dies muss gemeinsam mit den internationalen Partnern wie der Weltbank sichergestellt werden.

²⁵ Süddeutsche Zeitung online vom 03.10.201 – Pandora Papers; Präsident mit Oligarchennähe.

²⁶ [taz.de/Pandora-Papers-decken-STeuertricks-auf/5801469/](https://www.taz.de/Pandora-Papers-decken-STeuertricks-auf/5801469/).

²⁷ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/pandora-papers-ukraine-selenskij-oligarch-kolomoiskij-briefkastenfirmen-1.5429056?reduced=true>.

²⁸ www.derbund.ch/der-volksnahe-millionaer-und-komiker-560706007776.

²⁹ www.bpb.de/themen/europa/ukraine/342240/dokumentation-offshore-geschaefte-selenskyj-und-kolomojskyj-in-den-pandora-papers/.

